

STUTTGARTER ZEITUNG

Datum: 22. Januar 2010
Autor: Wolfgang Schulz-Braunschmidt

Die „US-Klärwerke“ gehören nun wieder der Stadt

Cross-Border-Leasing Der Gemeinderat hat das vorletzte Mietgeschäft vorzeitig beendet.

Was viele Bürger seit Monaten fordern, hat der Stuttgarter Gemeinderat gestern vollzogen: ein umstrittenes Mietgeschäft der Stadt wurde formal beendet. Die Stadträte nahmen die vorzeitige Auflösung des mit einem amerikanischen Investor 2003 abgeschlossenen Cross-Border-Leasing-Vertrags (CBL) über die Stuttgarter Klärwerke zustimmend und lobend zur Kenntnis. Die Kämmerei habe gut für die Stadt verhandelt.

In das Lob mischten sich nur wenige selbstkritische Töne: SPD-Stadtrat Manfred Kanzleiter nannte den CBL-Vertrag einen Fehler, den man nun gut korrigiert habe. Es sei aber richtig gewesen, schon 2004 mit solchen Verträgen Schluss zu machen. SÖS-Stadtrat Hannes Rockenbauch bezeichnete die Verträge als „Steuerbetrug an US-Bürgern“. Dafür wurde er von Finanzbürgermeister Michael Föll und dessen Verwaltungskollegen Klaus-Peter Murawski scharf kritisiert. Alle Mietgeschäfte seien auf der Basis des US-Steuerrechts abgeschlossen worden, betonten beide.

In der Vorlage streicht die Stadtverwaltung heraus, dass der grenzüberschreitende Mietvertrag mit einem US-Trust für die Landeshauptstadt ein gutes Geschäft gewesen sei. Der bei Vertragsabschluss sofort erhaltene Barbetrag sei mit Zinsen auf 16,2 Millionen Euro angewachsen, heißt es. Da der US-Investor wegen der vorzeitigen Vertragsauflösung lediglich eine Rückerstattung in Höhe von 4,1 Millionen Euro erhalte, verbleibe der Stadt nach Abzug aller Transaktionskosten und Gebühren ein Gewinn von 11,8 Millionen Euro. Bezogen auf die erheblich kürzere Laufzeit des vorzeitig beendeten Mietgeschäfts habe sich die Rendite überproportional erhöht, betonte Föll im Gemeinderat.

Mit dem Ende des Klärwerke-Kontrakts ist das CBL-Engagement der Stadt allerdings noch nicht vorbei. Weiterhin besteht das laut Finanzbürgermeister Föll „stabile Cross-Border-Leasing-Geschäft“ über das Stuttgarter Kanalnetz, bei dem die Stadt 23,3 Millionen Euro erhalten hat. Der amerikanische Investor sei gegenwärtig nicht bereit, den 2002 abgeschlossenen Vertrag einvernehmlich vorzeitig zu beenden, heißt es in der Gemeinderatsvorlage der Verwaltung. Er wolle gegenüber den US-Finanzbehörden durchsetzen, ihm alle steuerlichen Vorteile über die gesamte Vertragslaufzeit von rund 30 Jahren zu gewähren.

Die Stadt müsse das Ende dieses Streits abwarten. Das Vertragsrisiko werde aber ausschließlich von der amerikanischen Seite getragen. Erst wenn diese sich wegen einer vorzeitigen Vertragsauflösung im Rathaus melde, will die Verwaltung den Gemeinderat informieren. „Eine einseitige Vertragsbeendigung durch die Landeshauptstadt würde zu einem erheblichen finanziellen Nachteil führen“, heißt es dazu. Die Rathausspitze scheint aber nicht abgeneigt, auch den letzten CBL-Vertrag zu beenden, da in langfristigen Verträgen Risiken stecken könnten. Den ersten Schritt müsse aber die US-Seite unternehmen.

Die Chancen dafür stehen trotz des Rechtsstreits in den USA nicht schlecht: Der amerikanische Besitzer des Stuttgarter Kanalnetzes gehört inzwischen zu einer Minderheit. In den Vereinigten Staaten ist CBL kein Thema mehr. 80 Prozent der Investoren haben einen Vergleich mit der US-Steuerbehörde geschlossen. Dadurch erhalten sie 2009 noch einen Steuervorteil und gehen straffrei aus, wenn sie die auch in den Staaten längst umstrittenen Verträge beenden.

Gegen ein weiteres von der Stadt geplantes CBL-Geschäft mit 27 Stuttgarter Schulen und Verwaltungszentren hatte Ende 2003 eine neue Bürgerinitiative, das Stuttgarter Wasserforum, erfolgreich Front gemacht. Stadträte mussten auf Podiumsdiskussionen bekennen, dass sie die rund 1000 Seiten umfassenden CBL-Verträge so gut wie gar nicht kannten. Die Basis der Grünen rebellierte gegen ihre Gemeinderatsfraktion und erzwang ein Umdenken. Die Stadträte wurden per Beschluss aufgefordert, „beabsichtigte derartige Geschäfte nicht weiterzuverfolgen und künftig abzulehnen“. Auch für die SPD-Fraktion im Gemeinderat war CBL plötzlich vom Tisch. Als sich abzeichnete, dass es im Gemeinderat keine Mehrheit mehr für die umstrittenen Mietgeschäfte gab, wurden alle Vorlagen zurückgezogen.

TRANSATLANTISCHE GESCHÄFTE

Stuttgarter Verträge Die Stadt hat 1999 und 2002 die Klärwerke für 326 Millionen Dollar und das Kanalnetz für 539 Millionen Dollar für 25 bis 32 Jahre an US-Investoren veräußert. Alle Anlagen wurden sofort wieder zurückgemietet.

Vorteile Für die grenzüberschreitenden Leasinggeschäfte erhielt die Stadt sofort einen

Gewinn in Höhe von umgerechnet 16 (Klärwerke) und 23 Millionen Euro (Kanalnetz). Abgewickelt wurden die komplizierten Transaktionen mit Hilfe von zahlreichen Arrangeuren, Anwälten, Banken und Versicherern. Die Verträge sind mehr als 1000 Seiten stark.

Investoren Dabei handelte es sich um Finanzkonzerne, die

durch diese Auslandsinvestition große Steuervorteile erhielten. Die Trusts finanzierten die Kaufsumme von mindestens 100 Millionen Dollar über Banken, die die höchste Bonitätsstufe AAA erfüllen mussten. Cross-Border-Leasing ist in den USA seit 2004 verboten. Mit laufenden Verträgen sind keine Steuervorteile mehr zu erwirtschaften. *bra/wos*

2010-01-22-SWF-CBL-STZ-Die „US-Klärwerke“ gehören nun wieder der Stadt